

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Gabriele Wieland und Thomas Weiner (CDU)

Landesgesetz über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte

Wie der Presse zu entnehmen war (AZ, 17. Mai 2018, „Aufwertung steckt in der Sackgasse – Stadt und IHK kritisieren Land und fordern Gesetzesänderung“, AZ 13. Juni 2018, „Gesetz nicht umsetzbar – Land ist uneinsichtig/Verein Mainzer Mitte am Neubrunnen vor Aus?“), stößt die Ausgestaltung des Landesgesetzes über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG) hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf Kritik. Obwohl sich nach der Verabschiedung des LEAPG im Juli 2015 in einigen rheinland-pfälzischen Städten entsprechende Initiativen gegründet haben, konnte bisher noch kein LEAP-Projekt umgesetzt werden. Einzelhandel und Kammern fordern eine Gesetzesänderung.

In umliegenden Bundesländern (z. B. dem Saarland und Hessen) gibt es unter dem Namen BIDs jeweils funktionierende gesetzliche Instrumente zur Aufwertung innerstädtischer Quartiere.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Anwendbarkeit des LEAPG vor dem Hintergrund, dass sich bisher trotz mehrerer Versuche in verschiedenen Städten noch kein LEAP-Projekt gründen konnte?
2. Inwieweit und durch welche Maßnahmen ist die Landesregierung bestrebt, die Anwendbarkeit des LEAPG zu verbessern?
3. Inwieweit unterscheiden sich die entsprechenden Gesetze des Saarlandes und von Hessen vom rheinland-pfälzischen LEAPG?
4. Inwieweit hat die Landesregierung auf die bisherige Kritik – an der Ausgestaltung des LEAPG – von verschiedenen Wirtschaftsvertretern (vor allem dem Einzelhandelsverband und der Industrie- und Handelskammern) reagiert?

Gabriele Wieland und Thomas Weiner